

Betreff:

Rücknahme der neuen Maßnahme zur Anbringung der Geschwindigkeitsmesstafeln (CDU)

Antragstext:

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, das vom Tiefbau- und Vermessungsamt mit Schreiben vom 17.01.2023 (Eingang beim Ortsbeirat Rambach via Sharefile am 09.02.2023) bekanntgegebene Verfahren zur Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln umgehend zurückzunehmen, und die Ortsbeiräte in die Erarbeitung einer solchen Maßnahmen mit einzubinden.

Begründung:

Das Verfahren wird den Interessen des Ortsbeirates und der von ihm vertretenen Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht. Die Geschwindigkeitstafel wird in Rambach seit vielen Jahren von der Freiwilligen Feuerwehr zuverlässig betreut.

Die Tafel wird in monatlicher Folge an wechselnden Standorten, vornehmlich Lichtmasten, aufgehängt.

Durch dieses Verfahren würden sich, nach Abzug von fünf kostenfrei geprüften Masten, erhebliche Prüfgebühren ergeben, die aus den Mitteln des Ortsbeirates zu finanzieren wären, obwohl die ESWE Versorgungs AG als Betreiber der Lichtmasten diese ohnehin in regelmäßigen Abständen einer Prüfung auf Standfestigkeit unterziehen lassen muss. Es ist daher unverständlich, warum für das Aufhängen der Geschwindigkeitstafeln eine (erneute) Prüfung mit Folgekosten durchgeführt werden muss.

Die Anschaffung der Geschwindigkeitsmesstafel erfolgte aus Finanzmitteln des Ortsbeirates. Mit der Beschaffung gehen die Tafel in das Eigentum der Landeshauptstadt Wiesbaden über. Somit übernimmt der Ortsbeirat hier Aufgaben, die eigentlich durch die Kommunale Verkehrspolizei wahrzunehmen wären. Insofern sollte man gegenüber den Ortsbeiräten hier keine unnötigen bürokratischen Hürden aufbauen.

Das sehr kurzfristig und zudem rückwirkend eingeführte Verfahren macht den Einsatz der Geschwindigkeitstafel über Monate unmöglich, da zunächst das Ergebnis der Prüfung der Masten im Sommer 2023 abgewartet werden muss.

Außerdem wäre es zielführend gewesen, von vornherein die Ortsbeiräte, bzw. die Freiwillige Feuerwehr, in das Verfahren zu involvieren, und nicht über unsere Köpfe hinweg neue Regeln auszustellen.

Wiesbaden, 24.04.2023